Der Umweltausschuss schlägt dem Kreisausschuss vor, dem Kreistag folgenden Beschluss zu empfehlen:

Der Rhein-Sieg-Kreis fordert die Landesregierung von Nordrhein-Westfalen auf,

1. durch eine umweltrelevante Konzentration und Vereinheitlichung der Fördermittel zum Bodenschutz sicherzustellen, dass die knappen Ressourcen effektiv für die Gefahrenabwehr und ohne bürokratische Hemmnisse eingesetzt werden können.
2. die im Rahmen der Datenermittlung von den Landesbehörden in immer umfangreichem Rahmen geforderten Informationswünsche auf das zwingend notwendige Maß zu begrenzen.
3. die Förderschwerpunkte in verstärktem Maße an dem kommunalen Bedarf zu orientieren und ein entsprechendes Mitspracherecht der öffentlichen Hand bei Festsetzung der Fördermaßnahmen entsprechend der öffentlichen Zuschussanteile beim AAV sicherzustellen.
4. Überarbeitung der Zuständigkeiten des technischen Umweltschutzes mit dem Ziel, einer Behörde die Verantwortung für alle genehmigungsrechtlichen Fragestellungen an einem Standort zuzuweisen.